



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 221

Wilhelmshaven

Oktober 2006

Die geballte Kraft

Nichtwähler erobern das Rathaus



59% Nichtwähler

Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist natürlich die Kommunalwahl. Es gab keine Verlierer bei dieser Wahl. Am meisten dazu gewonnen hat, wie schon bei der letzten Kommunalwahl, die Partei der Nichtwähler. Darum beginnen wir auf Seite 3 auch mit ihr.

Wie wird es im neuen Stadtrat aussehen? Eine große Koalition gegen eine große Opposition? Zahlen- und Gedankenspielerereien auf Seite 5.

Neue Wege wollen die Träger der Jugendhilfe beschreiten. Wir berichten auf Seite 7 über die Fachveranstaltung zum Thema "Jugend- und Familienhilfe in Zeiten knapper Kassen – Anspruch und regionale Realitäten in sich verändernden Lebenswelten".

Arbeitslosengeld II: Während der Sparfreibetrag um 50 Euro gesenkt wurde, wurde gleichzeitig der Betrag für die Altersvorsorge um 50 Euro erhöht. Warum wir das Straßenräuberei nennen, können Sie auf Seite 8 nachlesen.

Es war die letzte Sitzung des alten Rates – trotzdem zerbrach noch einiges Glas, welches wir auf Seite 9 aufgelesen haben.

Kann es angehen, dass es in einem der reichsten Länder der Welt Kinderarmut gibt? Informationen zum Weltkindertag haben wir auf Seite 10 zusammengestellt.

Ein-Euro-Jobs sind angeblich der Königsweg aus der Arbeitslosigkeit. Oder werden womöglich durch die Ein-Euro-Jobs andere Arbeitsplätze vernichtet? Antworten auf Seite 11.

30 Jahre hat das Pumpwerk auf dem Buckel. Ein Grund zum Feiern! Wir berichten über die Festivitäten und über unsere Sicht der Dinge auf Seite 12.

meldungen



Ausgewechselt

wurde jetzt das Bauschild für den Hotelneubau an der Jadestraße. Die Eröffnung eines 4-Sterne-Hotels mit "ca. 150 Zimmern, Restaurants, Bar, Veranstaltungsräumen und Schwimmbad" wird nun von der "Columbia Hotels & Resorts" für Ende 2007 angekündigt. Ob mit dem Bautermin alles glatt über die Bühne geht, steht bekanntlich in den Wilhelmshavener Sternen.

Zum Nachdenken sollte allerdings die Beobachtung anregen, die unser Fotograf bei der Besichtigung des Geländes machte. Nicht nur, dass der bewachsene Hügel verdächtig nach einer floristischen Rarität aussieht, es konnte auch ein frei lebendes Feldhamsterpärchen (*Cricetus cricetus*) beobachtet werden. Der Feldhamster wurde 1996 von der Schutzgemeinschaft Deutsches Wild zum Tier des Jahres erklärt und steht auf der Roten Liste der gefährdeten Arten. (hk)



TRIANGEL second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

21. Oktober: Demonstration in Dortmund

Für eine Politik der sozialen Erneuerung!

"Die Reformschockstarre geht zu Ende", meinte Günther Kraemmer, Vorsitzender der ALL, auf der September-Versammlung. "Reformen" nennt die Bundesregierung (wie auch schon die vorige unter Schröder) die Einschnitte, die seit Jahren vorgenommen werden und einerseits fast allen Geld aus der Tasche ziehen, andererseits aber einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung immer tiefer ins Elend stürzen. Dagegen werden die Gewerkschaften am 21. Oktober in einigen Städten demonstrieren.

"Das geht besser. Aber nicht von allein!", so ist der Aufruf zu diesen Demonstrationen überschrieben. Weiter heißt es da: *"Deutschland sozial gestalten! Das war die Forderung der Gewerkschaften an die Parteien im Bundestagswahlkampf. Das ist und bleibt der Maßstab für die Bewertung der Arbeit der Großen Koalition. Doch vieles, was die Regierung auf den Weg gebracht oder angekündigt hat, löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie sogar."* Als Beispiele werden der Gesundheitsfonds, Nullrunden für RentnerInnen und Renten Kürzung durch die Heraufsetzung des Rentenalters, der ständig stärker werdende Druck auf Arbeitslose, der Mangel an Ausbildungsplätzen, die Verschlechterung des Kündigungsschutzes und der Mitbestimmung und die Mehrwertsteuerhöhung bei gleichzeitigen neuen Steuer geschenken für Unternehmen genannt. Stattdessen fordern die Gewerkschaften:

"Wir wollen Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Wartezimmern und bei der Behandlung."

"Wir wollen mehr Arbeit für Jung und Alt und eine auskömmliche gesetzliche Altersrente für alle – und keine Rente mit 67."

"Wir wollen Löhne und Gehälter, die zum Leben reichen. Dazu gehören Mindestlöhne nicht unter 7,50 Euro – Arbeit darf nicht arm machen."

"Wir wollen mehr Ausbildung. Firmen, die nicht selbst ausbilden, müssen durch eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsangebote."

"Wir wollen, dass Arbeitslose nicht verarmen und zu Lohndumping gezwungen werden."

"Wir wollen Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz und mehr Mitbestimmung in den Unternehmen – und keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten."

"Wir wollen eine Steuerpolitik, die die Binnenkonjunktur stärkt und die Kapitalgesellschaften fordert – aber keine Mehrwertsteuerhöhung und weitere Geschenke für Konzerne."

Für die TeilnehmerInnen aus unserem Raum ist der Demonstrationsort Dortmund. Wer mitfahren möchte, soll sich bis zum 13. Oktober über die eigene Einzelgewerkschaft oder über das DGB-Büro (Tel.: 04421-18010; Fax: 04421-18019) anmelden. Die Fahrtkosten trägt der DGB. Abfahrt ist in Wilhelmshaven am ZOB um 6.15 Uhr, in Sande am Hotel Tapken um 6.30 Uhr und in Varel bei der AOK um 6.45 Uhr. (noa)

An die

englische Popgruppe "Curiosity killed the cat" mag der Polizeireporter der Wilhelmshavener Zeitung gedacht haben, als er am 12.9. die folgende Meldung in die Zeitung setzte: *"Ein kurioser Vorfall ereignete sich am Freitag (...). Zeugen berichteten, dass eine junge Katze aus dem vierten Stock eines Wohnhauses auf den Gehweg fallen gelassen wurde."* Da die Katze den Hinauswurf überlebte, passt ja auch der Name (der übrigens nichts mit toten Katzen zu tun hat, sondern die Phrase "Sei nicht so neugierig!" umschreibt) der englischen Pop-Gruppe nicht mehr. Im Deutschen wird das Wort kurios im Sinne von seltsam, sonderbar benutzt. Ist es denn kurios, wenn jemand seine Katze aus dem Fenster schmeißt? (hk)



Die Jadeschau habe 'Charme und Anziehungskraft, wie ihn orientalische Märkte' hätten. Und OB Menzel meinte, die Schau gebe 'Anreize' u.a. zum Thema 'wie können wir Energie einsparen'. Auf dem Foto sehen wir die Führer aus Politik und Wirtschaft beim Bummel durch die Jadeschau (nach WZ vom 15.09.06). (hk)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpper (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft,
Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoc; Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
titelbild GRUPPO1635_casparmichael_kusmierz
www.gruppo635.com
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 27.09.2006

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Tschüs Wähler!

Der Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung setzt sich fort

(ub) Jeder zweite Niedersachse hat die Kommunalwahl diesmal einfach ignoriert. Für das Land ist das ein neuer Minusrekord bei der Wahlbeteiligung. Besonders heftig fiel die Wahlverdrossenheit in Wilhelmshaven aus. Nur noch 41 % aller Wahlberechtigten ließen sich hier an die Wahlurne locken. Woran hat's gelegen? Lässt sich die Wahl"müdigkeit" erklären?

Am Morgen danach

- nach dem Wahlabend - herrschte Katerstimmung. So sehr sich die Strategen der Parteien auch bemühten, ihr Abschneiden bei der Kommunalwahl in Niedersachsen als Erfolg zu verkaufen, so tief saß der Schock über die außerordentlich geringe Wahlbeteiligung.

In ganz Niedersachsen haben nur noch 51,8 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Damit wurde der bisherige Wahlbeteiligungstiefstand der letzten Kommunalwahlen im 2001 (Wahlbeteiligung seinerzeit 56,2 %) noch mal locker und kräftig getoppt. Besonders im nördlichen Niedersachsen nähert sich die "Partei der Nichtwähler" der Zweidrittelmehrheit.

In Oldenburg lag die Wahlbeteiligung nur noch bei 44,4 %; in Delmenhorst hatten 57,7 % der Wahlberechtigten Besseres vor und, wie so oft bei zweifelhaftem Ruhm, stürmt Wilhelmshaven die Hitliste: 59 % der Wählerinnen und Wähler blieben zu Hause! Gibt es Gründe für diesen Abwärtstrend? Lassen sich Wählerbewegungen statistisch noch relativ sicher einordnen, so ist es umso schwieriger, ein schlüssiges Ranking der Gründe für die Wahlverweigerung zu erstellen. Wir bieten einen bunten Erklärungsstrauß.

Kein Wahlwetter

Bei der Kommunalwahl Niedersachsen im Jahre 2001 herrschte in weiten Teilen

Niedersachsen ein richtiges Schweinewetter mit Sturm und Regen. Strahlender Sonnenschein dagegen am 10. September 2006. Logisch, der norddeutsche Stammwähler braucht Scheißwetter!

Europa ist schuld

Landesweit konnte man am Wahlabend und den Tagen danach in tief zerfurchte Politikergesichter blicken. Die geringe Wahlbeteiligung gab "Anlass zur Sorge". Aber, so SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner gegenüber dem NDR: "Die Demokratie ist nicht gefährdet. Nicht jede nicht abgegebene Stimme ist ein Protest."

Und überhaupt: Nicht mehr wählen gehen ist europäische Normalität. Jüttner: "Wir bewegen uns auf ein europäisches Normalmaß hin." (NDR)

Die Krise der Großen

Der Politologe Daniel Gardemin von der Universität Hannover betont: "Seit der Kommunalwahl 1986 haben CDU und SPD allein in Niedersachsen rund eine Million Stimmen an die kleineren Parteien und das Lager der Nichtwähler verloren.... Das ist eine Krise der Politik, die vor allem die Großen trifft. Besonders die großen Volksparteien haben es versäumt, auch in sozial schwierigem Umfeld um Stimmen zu werben. Ich habe mit vielen Politikern gesprochen und festgestellt, dass sie in Problemviertel mit sozialen

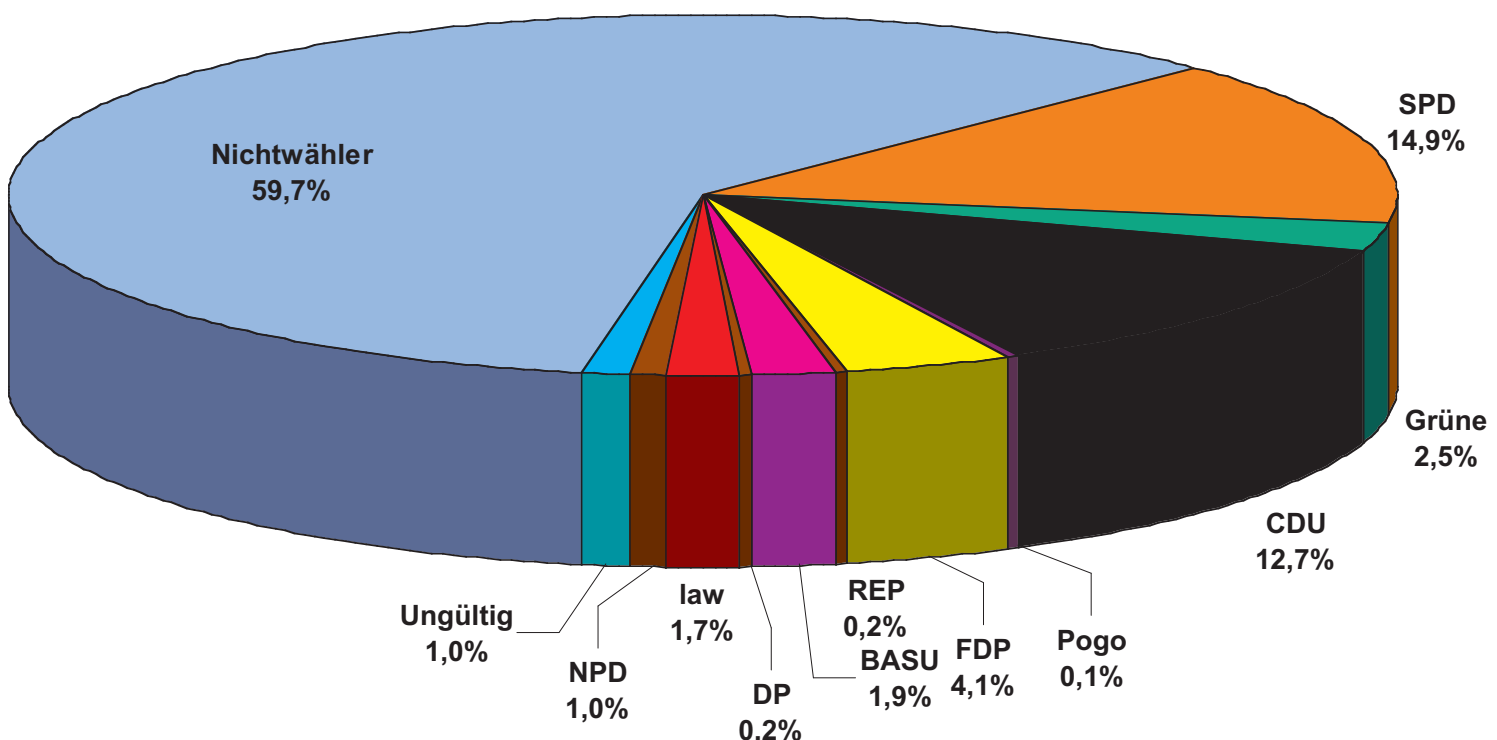


Schiefen häufig gar nicht hineingehen ... die Parteien machen keine Politik für diese Menschen und schimpfen dann noch darauf, dass sie gar nicht oder extreme Parteien wählen." (Wiesbadener Kurier)

Schuld hat "Berlin"

Wenn's grad passt, finden sich Schuldige auch auf bundespolitischer Ebene. Schuld hat Berlin. "Ich glaube, dass viele Menschen in die Große Koalition (in Berlin) große Hoffnungen gesetzt haben und einfach enttäuscht sind." Dieser Ansicht ist, wen wundert's, ein Mann der Opposition - FDP-Vorsitzender Philipp Rösler. Dem kann sich der Landtagsfraktionschef der Grünen, Stefan Wenzel, nahtlos anschließen: Auch er sieht "als Hauptgrund für die geringe Beteiligung die Unzufriedenheit der Wähler über die

So wählten die WilhelmshavenerInnen



Fortsetzung "Tschüs Wähler"

große Koalition in Berlin". (Spiegel) Oder glauben die Wähler zunehmend, dass die Kommunalwahl unwichtig ist? Dies vermutet der Vorsitzende des SPD-Bezirks Braunschweig und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: "Viele Menschen glauben, die wichtigen Entscheidungen würden nur in Berlin getroffen." (dpa)

No future?

Hohe Arbeitslosigkeit, kommunale Verschuldung, leere Kassen, Abbau von Sozialleistungen, Hartz IV, raffgierige "Heuschrecken", die den ehemals kommunalen Wohnungsbestand zerfleddern, Wohnungsleerstand, der ganze Stadtteile veröden lässt, ausgeträumte Expovisionen, unklare Zu-

kunftsvorstellungen (der ausgewiesene Jade-Weser-Port-Gegner Aki Tjaden erzielt das zweitbeste persönliche Wahlergebnis!) – wie war die Situation vor 5 Jahren? Geht es vorwärts? Gibt es Anlass zur Hoffnung? Oder haben die notorischen Wahlverweigerer recht, die sagen: "Die (Stadträte) machen ja doch, was sie wollen – und am Ende müssen wir zahlen"?

Tschüs Wähler!

Man kann das auch ganz anders sehen. Der Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen analysiert die Wahlverdrossenheit wie folgt: "Im Rückgang der Wahlbeteiligung drückt sich seit nunmehr zwei Jahrzehnten signifikant die soziale Spaltung der Gesellschaft aus – die Kluft zwi-

schen privilegierten und randständigen Schichten, die Ungleichgewichte bei sozialen Chancen und gesellschaftlicher Teilhabe. Eben dies macht die abstürzende Wahlbeteiligung doch ein wenig dramatischer."

Die Welt der Politik wird mehr und mehr zum eigenen Kosmos, der sich seiner früheren lebensweltlichen Wurzeln entzieht. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Wolfgang Jüttner, sprach am Sonntag traurig von einem Mobilisierungsproblem. Das ist allerdings das Vokabular der siebziger und achtziger Jahre. Ganze Wählerschichten, die lange Jahrzehnte der SPD anhängen, sind keineswegs mangelhaft mobilisiert – sie haben sich vielmehr dauerhaft abgetrennt von der Welt der Parteien und ihrer Politik. □

**Hallo!
Jemand zu Hause?**

Es herrscht in Wilhelmshaven eine beinahe gespenstische Ruhe, wenn es um die Ergebnisse der Kommunalwahl vom 10. September geht. Einige wenige Stimmen waren gerade noch an den Tagen direkt nach der Wahl zu vernehmen. Stimmen wie: "Würden die Rammen für den JadeWeserPort schon arbeiten, hätte das vielleicht anders ausgesehen" (SPD-Vorsitzender Norbert Schmidt) oder: "Erschütternd und ermüdet" (OB Menzel).

Einige Zeitungskommentatoren warfen den Bürgern ihre Wahlenthaltung vor: Es ist, so WZ-Chefredakteur Klaas Hartmann in seinem Kommentar "Schwachtes Bild" am 11.09.06, "auch vom Souverän Volk wirklich nicht zu viel verlangt, zu den Wahlen an den Urnen zu erscheinen und eine halbe Stunde vom wertvollen Sonntag zu opfern. (...) Wenn nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten die Chance zur demokratischen Einflussnahme ergreift, hat der Souverän versagt – das ist ein schwaches Bild." So ein Schmarren! Der WZ-Lokalredakteur Gerd Abeldt weiß da schon genauer Bescheid: "Kandidaten werfen mit Flugblättern um sich wie Jecken mit Kamellen. Ihr aufklärerischer Rundkurs durch Diskussionsveranstaltungen gleicht den Rosenmontagsumzügen. Viele Wahlkampfappelle können es locker mit Büttenreden aufnehmen."

Warum sollte ein Bürger, warum sollte eine Bürgerin am Wahlsonntag aufstehen und drei Kreuze bei SPD, Adam, Müller oder CDU machen? Die meisten Bürgerinnen und Bürger

machen doch drei Kreuze, wenn sie die vor der Wahl an jeder Straßenkreuzung und an jedem Laternenpfahl hängenden Köpfe nicht mehr sehen müssen. Und selbst der „Bildungsbürger“ hat die Schnauze voll von den durchschaubaren Plattheiten, mit denen die Politik die Bürger versorgt.

Wer jetzt mit Unverständnis auf die Entscheidung der sich langsam in Richtung verfassungsändernde Mehrheit zubewegenden Nichtwählergruppe reagiert, hat nichts verstanden. Die Politik fühlt sich doch am wohlsten, wenn sie ihre Entscheidungen ohne den Wähler oder den 'Souverän' durchziehen kann.

"Wer seine Stimme abgibt, hat nichts mehr zu sagen", lautet ein Sponti-Spruch aus den Siebzigern. Und genau so verstehen die meisten Politiker ihren Job: Ich bin gewählt, bin legitimiert – also mach ich!

Die Wähler und Wählerinnen existieren für die 4 oder 5 Jahre nach der Wahl nur noch als Prozentzahl!

Überheblich und abgehoben werden dann die Mandatsjahre durchgezogen – und die Arbeit ist ja nicht einfach, die Familie leidet, die Freunde leiden – da kann man ja nicht auch noch Zeit für die Wähler haben. Natürlich gibt es Ausnahmen, natürlich gibt es MandatsträgerInnen, die in ständigem Kontakt mit ihren Wählerinnen und Wählern stehen – doch diese werden dann im Entscheidungsprozess zur (Partei-) Raison gebracht.

Erstes Fazit: Es gibt genügend Gründe, nicht zu wählen. Nichtwählen ist nicht Faulheit, Nichtwählen ist die Konsequenz aus gemachten Erfahrungen. Dass es zwischen den Parteien des bürgerlichen Lagers, also CDU, SPD und FDP nur partielle Unterschiede gibt,

weiß inzwischen auch der letzte Wähler; dass die ehemals als Alternative angetretenen Grünen inzwischen auch diesem bürgerlichen Lager zuzurechnen sind, lässt sich nicht nur an der Sozial- und Außenpolitik der Grünen seit Joschka Fischer ablesen. Es gibt kaum noch Unterschiede, die ich wählen kann – warum soll ich dann wählen?

Was wird nun in Wilhelmshaven geschehen? Es zeichnet sich ab (und die Stille in der Stadt beweist das), dass die SPD sich die CDU mit an Bord holen wird und dann ganz gemütlich den weiteren Geschäften nachgehen wird. Es ändert sich nichts – die SPD in Wilhelmshaven macht ja schon seit Jahren die bessere CDU-Politik.

Nun besteht ja auch noch die rechnerische Möglichkeit, sich mit der FDP einzulassen. Die Mehrheit wäre dann äußerst knapp – sie würde vom Wohl und Wehe des Oberbürgermeisters abhängen. Ob von Teichman und Freunde eine solche Konstellation mittragen? Es heißt abwarten.

Interessanter sind die Spekulationen, was sich in der Opposition, also zwischen Grünen, BASU und LAW abspielen wird. Der Artikel "Das versteh' einer" setzt sich mit dieser Frage genauer auseinander.

Eines ist allerdings gewiss: Auch die Kommunalwahl 2006 wird an der Lage Wilhelmshavens nichts ändern. Die Politiker werden so weitermachen, wie sie es zum Teil seit Jahrzehnten gewohnt sind, die Verwaltung wird weiterhin bestimmen, welche Beschlüsse der Rat zu fällen hat – doch vielleicht schafft es die personell gut aufgestockte Opposition ja, dafür zu sorgen, dass im Rathaus etwas mehr Gegenwind bläst.

Hannes Klöpper

Jonathan  *Naturkost*

Das ist doch alles Käse:

Chevrondel, Saint Paulin, Comté, Crottin de Chavignol, Cantal, Fourme d'Ambert, Abondance, Morbier...

Käsespezialitäten- nicht nur aus Frankreich, aber nur aus biologischem Anbau!
Für Fortgeschrittene und Anfänger ein Genuß!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Das versteh' einer!

Die BASU hat "persönliche Differenzen"...

(noa) "BASU mit Grünen?", fragte die "WZ" am 21. September. Da konnten wir lesen, dass die BASU im kommenden Rat mit den Grünen, sonst aber mit keiner anderen Partei oder Gruppierung zusammenarbeiten will.

Von den 44 Sitzen im Rat hat die SPD 17 errungen und hat auch den OB in ihren Reihen. Die CDU wird 14 Ratsmitglieder stellen; die FDP hat 5 Ratsmandate erzielt; 3 Sitze haben künftig die Grünen. BASU und LAW haben je 2 Sitze. Über den einzigen NPD-Vertreter im künftigen Rat können wir hier hinwegsehen.

Wer mit wem?

Welche Zusammenarbeit es zwischen den "Großen" geben wird, wird sich zeigen. Viele werden denken, dass das ziemlich egal ist – so viel tun sich die programmatischen Aussagen von CDU und SPD nicht. Sollte es nach Bundes-Vorbild eine große Koalition geben, dann kann man dieser hier sogar eine längere Lebensdauer prognostizieren als jener dort. Zur Not würde eine Koalition aus SPD und FDP ausreichen – sie hätte, rechnet man den OB mit, im Stadtrat 23:22 Sitze.

Interessanter ist die Frage von Zusammenschluss oder -arbeit auf der Seite der "Kleinen". Zwei Ratsmandate reichen für eine Fraktion, doch mangels Stimmrecht in den Ausschüssen ist eine solche kleine Fraktion ein ziemlich zahnlöser Tiger. Die Grünen mit ihren drei Sitzen wären immerhin eine Fraktion mit Stimmrecht in den Ausschüssen – aber mit drei Ratsmitgliedern wäre es doch eine große Belastung, die Termine aller Ausschuss-Sitzungen wahrzunehmen.

Ausschuss-Szenarien

Eine fleißige städtische Mitarbeiterin hat mit Hilfe eines schlaun Computerprogramms ausgerechnet, wie die Sitzverteilung in den städtischen Ausschüssen bei allen denkbaren Zusammenschlüssen aussähe, und dazu auch noch, wie es mit dem Zugriffsrecht auf Ausschuss-Vorsitze bei diesem oder jenem Zusammenschluss bestellt wäre. Und wenn man sich durch diese Tabelle erst einmal durchgebissen hat, dann stellt man fest: Unter 7 Ratsmitgliedern braucht eine Gruppierung eigentlich gar nicht erst anzufangen.

Nein, wir werden jetzt nicht alle möglichen Szenarien vorstellen. Aber das eine oder andere Beispiel ist doch ganz interessant.

Sollte es gar keine Zusammenschlüsse oder Vereinbarungen zur Zusammenarbeit geben, dann könnten die BASU und die LAW – je allein – je einen Vertreter in den Finanzausschuss schicken; zwischen ihnen beiden müsste jedoch ein Sitz im Verwaltungsaus-

schuss schon ausgelöst werden – dies allerdings nur, wenn der Verwaltungsausschuss wie in der letzten Ratsperiode 10 Beigeordnete haben soll; bei nur 8 Beigeordneten gäbe es nicht einmal mehr ein Losen, sondern von vornherein keinen Sitz.

Bei einer Gruppenbildung wären die beiden kleinsten Fraktionen schon besser dran. BASU/LAW zusammen könnten alle Ausschüsse besetzen. Allerdings wäre die Ausschussarbeit auch bei zusammen vier Ratsvertretern eine ziemliche Ochsentour.

Grüne mit BASU und LAW

Nun entnehmen wir dem o.a. "WZ"-Artikel ja, dass die BASU mit den Grünen zusammenarbeiten will. Diese Gruppenbildung hätte nicht nur für die Gruppe selber Vorteile bei den Ausschuss-Sitzen, sondern würde im Falle der 10er-Regelung sogar der LAW den VA-Sitz ohne Losen garantieren. Grüne und BASU wären zu fünf. Für so richtige Arbeitstiere wäre die Besetzung aller Ausschüsse wohl zu schaffen.

Aus den Reihen der Grünen verlautet, dass diese gerne mit BASU und LAW eine Gruppe bilden würden. Die 7 Ratsmitglieder dieser Gruppe könnten die Ausschussarbeit wahrscheinlich schaffen, ohne sich kaputtzumachen. Grüne/BASU/LAW hätten außerdem Anspruch auf den Vorsitz in zwei Ausschüssen.

Aber die BASU hat "persönliche Differenzen" mit der LAW.

"Persönliche" Differenzen?

Wie persönliche Differenzen zwischen politischen Gruppierungen aussehen mögen, dafür dürfen unsere LeserInnen ihre Fantasie anstrengen. Wir tun's nicht.

Für die BASU sind Joachim Tjaden und Joachim Ender in den Rat gewählt worden; die LAW schickt Johann Janssen und Gerold Tholen in den Rat. Und diese zwei haben mit jenen zwei zunächst mal keine Differenzen. Persönliche Differenzen bestehen zwischen Aki Tjaden und Johann Janssen.

Die beiden sind eine gewisse Strecke ihres politischen Lebensweges gemeinsam gegangen. Johann ist in der WALLI, Aki war in der WALLI. Aki ist als WALLI-Mann in den letzten Rat gewählt worden.

Als im Herbst 2004 die WASG entstand, sind Aki und Johann ihr bald danach gleichzeitig beigetreten. Dies war dem GEGENWIND damals Anlass, sie beide und außerdem Werner Dalichow (WASG) zu einem Gespräch zu bitten. Johann hatte leider keine Zeit.

In diesem Interview (Gegenwind 206) sagte Aki Tjaden u.a., dass zwischen WALLI und WASG viele Übereinstimmungen bestehen, die beiden Gruppen halt nur auf verschiedenen Ebenen – die eine auf kommunaler, die andere auf Landes- und Bundesebene – tätig seien, und dass die WALLI doch ihre Wähler und Wählerinnen einbringen könne.

Ein Leserbrief im Gegenwind 207 war Johanns Reaktion. Darin erinnerte er Aki daran,

dass man Wähler nicht mitbringen kann. Ob er das Aki vor Erscheinen des Leserbriefes auch persönlich gesagt hatte, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch wissen wir nicht, ob Aki bald danach aus der WALLI austrat, weil er verärgert darüber war, dass Johann das Medium eines Leserbriefes für seine Kritik benutzt hatte, oder ob es sonst noch persönliche Gekränktheiten gab. Gegenüber dem GEGENWIND erklärte Aki seinen Austritt aus der WALLI mit seinem persönlichen Arbeitstempo, das das der anderen WALLI-Leute bei weitem übertraf. Und was ihn sonst noch aus der WALLI getrieben hatte, darüber wollte er sich nicht äußern. (Gegenwind 208) Außerdem trat Aki auch aus der WASG, deren Vorstand er angehört hatte, aus.

Auftrag der Wähler

Mag sein, dass zwischen Aki und Johann, vielleicht beeinflusst durch die beiden auch zwischen ihren jeweiligen Anhängen, noch Groll wegen dieser damaligen Geschichte besteht. Mag sein, dass aktuell weiterer Groll hinzugekommen ist, nachdem in der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes ein Flugblatt verteilt wurde, in dem drei namentlich genannte Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort Aki Tjaden unterstützten, während andere Mitglieder der Bürgerinitiative (so z.B. einige WALLI-Mitglieder) davon nichts wussten und damit auch nicht einverstanden waren.

Jetzt haben Aki Tjaden und Johann Janssen, die beide aufgrund persönlicher Stimmen den Einzug in den Rat geschafft haben, aber einen Auftrag ihrer WählerInnen. Und da sollten andere Gründe bestimmen, zumal die BASU in dem genannten "WZ"-Artikel mitteilt, dass "es in politischen Grundgedanken Übereinstimmungen gebe".

Diese Übereinstimmungen sehen auch Wähler und Wählerinnen. So hat z.B. Werner Ahrens, Sozialberater der ALI, auf der ALI-September-Versammlung in einer Aussprache über das Wahlergebnis eine Zusammenarbeit zwischen BASU und LAW als "wünschenswert" bezeichnet. □

**WählerInnengemeinschaft
für Wilhelmshaven**

**Öffentliche Treffen der WALLI:
Jeden 1. Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr
im "Kreuzelwerk"**

**WALLI
Wilhelmshavener
Alternative Liste**

**Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de**

WASG
Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.wasg-whv.de

Keine Entwarnung

Auch wenn es nicht so aussieht: Rechts ist stärker geworden

(noa) Eine Woche nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen fanden in Berlin Kommunal- und Senatswahlen, in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen statt. Der Schock über den Einzug der NPD in diese Gremien sitzt tief. In einzelnen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns haben um die 30 % der Menschen NPD gewählt! Wie sieht es mit den Rechten in Wilhelmshaven aus?

Bei der Kommunalwahl 2001 traten von der Rechtsaußen-Fraktion lediglich die Republikaner an. Mit ihren insgesamt 2784 Stimmen konnten sie zwei Vertreter in den Rat schicken.

Im kommenden Rat wird die Rechte nur mit einem Ratsherrn der NPD vertreten sein. 1956 Stimmen hat die NPD am 10. September erzielt.

Gottseidank – Rechts verliert in Wilhelmshaven an Boden??? Nein!

Tatsächlich haben die Rechten in Wilhelmshaven sowohl absolut als auch prozentual einen Zuwachs erzielt.

Neben der NPD, die am 10. September in allen sechs Wahlbereichen angetreten ist, standen in den Wahlbereichen I, II, III und VI auch die Republikaner und die Deutsche Partei zur Wahl. Ihre Stimmen spielen bei der Sitzverteilung des kommenden Rates keine Rolle, doch wenn man die rechte Gefahr einschätzen will, muss man sie zu denen der NPD hinzurechnen. Und dann kommt man auf 2936 Stimmen.

Die Betrachtung der Stimmenzahlen in den einzelnen Wahlbereichen zeigt außerdem, dass DP und REP in den Wahlbereichen IV und V, in denen sie die erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht zusammenbekommen hatten und deshalb nicht antreten konnten, womöglich auch einige Stimmen bekommen hätten. Es war nämlich offenbar nicht so, dass die DP- und REP-Anhänger am 10. September dann eben ihre Stimmen der NPD gegeben haben, sondern sie scheinen der Wahl ferngeblieben zu sein. Darauf deutet der Vergleich der REP-Ergebnisse 2001 mit denen der NPD-Ergebnisse 2006 hin (2001: 509 REP-Stimmen – 2006: 499 NPD-Stimmen im Wahlbereich IV; 2001: 467 REP-Stimmen – 2006: 350 NPD-Stimmen im Wahlbereich V).

Ein Blick auf die prozentuale Verteilung: Hatten die Republikaner 2001 einen Stimmenanteil von 3,1 % erreicht, haben REP, DP und NPD zusammen 2006 schon etwas mehr, nämlich 3,6 % der abgegebenen Stimmen errungen.

Dass die äußere Rechte nur einen Vertreter im kommenden Rat haben wird, verdanken wir also lediglich ihrer Zersplitterung. Entspannt zurücklehnen ist nicht!



KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken · Parties · Konzerte

Freitag GLOOMY FRIDAY
6.10. CBH-80's DarkWaves & Gothic Night

Sonntag, 1. Oktober
DEAD MOON
www.deadmoonusa.com 20.30 Uhr

SPITTIN' VICARS
Freitag, 13.10.

Freitag, 27.10.
Blues-Rock!
STEPPIN' OUT
www.kling-klang-whv.de



Über jedes ausgespuckte Kaugummi gibt es eine Schlagzeile in der örtlichen Presse und eine Anfrage im Rat. Mit Hochdruck wird jetzt seit einiger Zeit an der Beseitigung dieses unschönen Erscheinungsbildes der neu gepflasterten Marktstraße gearbeitet. Ob sich auch schon einmal jemand Gedanken über eine viel schlimmere Sauerei (siehe Foto) direkt an der Nordseepassage gemacht hat? (hk)

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Frauenwohlfühltag

Samstag, den
7. Oktober 2006
Von 10.00
bis 15.00 Uhr

Verschiedene
Wohlfühl-
massagen

Fußreflexzonen-
massage

Fußpflege und
Maniküre

Pro Angebot 5,-
Anmeldung erforderlich

Für das körperliche Wohl
bieten wir einen Brunch
für 5,- incl. einem Getränk

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 13.30 Uhr

Neue Wege in der Jugendhilfe

Vernetzung, Kooperation, Sozialraumorientierung - die Jugendhilfe sucht neue Wege

(ub) Die freien Träger der Jugendhilfe im Landkreis Friesland hatten erstmalig eine gemeinsame Fachveranstaltung zum Thema "Jugend- und Familienhilfe in Zeiten knapper Kassen – Anspruch und regionale Realitäten in sich verändernden Lebenswelten" angeboten. Die ca. 80 Teilnehmer, überwiegend Mitarbeiter aus sozialen Einrichtungen der Region, informierten sich an zwei Tagen im Waisenstift Varel über die aktuellen Entwicklungen in der Jugend- und Familienhilfe und diskutierten mit den Vertretern der kommunalen Kostenträger Ute Janssen (Landkreis Friesland), Carsten Feist (Jugendamtsleiter Wilhelmshaven) und Georg Schäfer (Jugendamt Celle), welche Hilfsleistungen angesichts der aktuellen Nachfragesituation Priorität haben sollen und wie diese Hilfsangebote längerfristig finanziell abgesichert werden können.

Einig waren sich die Vertreter der veranstaltenden Einrichtungen in ihrem abschließenden Resümee: Eine professionelle Jugend- und Familienhilfe muss auch in Zeiten knapper Kassen kontinuierlich gewährleistet sein. Dort, wo sich Hilfebedarfe abzeichnen, muss Unterstützung so früh wie möglich einsetzen. Präventive Ansätze in der ambulanten Jugendhilfe müssen verfolgt werden. Eine hohe Qualität der professionellen Hilfe muss gesichert werden. Die Beteiligten warnen auch mit Verweis auf die Folgekosten davor, notwendige Angebote für hilfebedürftige Familien aus Kostengründen zu verzögern oder etwa unzureichend zu gewährleisten.

Aber auch die Effizienz der Hilfeleistung steht auf dem Prüfstand. Landrat Sven Ambrosy forderte in seinem Begrüßungsreferat die anwesenden Vertreter der ambulanten Jugendhilfe, Schulsozialarbeiter, Lehrer und die Fachkräfte der Jugendpsychiatrie auf, "das vorhandene Wissen auszutauschen, gemeinsam zu handeln, nach Synergieeffekten zu suchen um einen effektiven Einsatz der vorhandenen Mittel zu gewährleisten".

Mit den Möglichkeiten, die Qualität sozialer Arbeit zu entwickeln und zu sichern, beschäftigte sich in einem Fachvortrag Dr. Harald Tornow, Geschäftsführer einer Gesellschaft, die sich mit Qualitätsmanagement

beschäftigt. Freie Träger der Jugendhilfe befinden sich, so Tornow, "in Konkurrenz zueinander auf einem Dienstleistungsmarkt." Aufgrund der Knappheit der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erlangen laut Tornow die wirtschaftlichen Aspekte der Maßnahmen sozialer Hilfe zunehmende Dominanz. Dr. Harald Tornow verdeutlichte den Fachkollegen der vertretenen Einrichtungen, dass eine planvolle Steuerung der Hilfeorganisation und eine effiziente Ausrichtung der Hilfsangebote in Zeiten knapper Kassen hohe Priorität haben muss. Entscheidend ist aber dann, "die nachhaltige Wirkung der Hilfe", denn wenn alle Träger der Jugendhilfe als Dienstleister unter gleichen Bedingungen agieren, müsse der Preis der Leistung sich folglich nahezu gleichen. Es kommt also darauf an, die Qualität der Arbeit so zu entwickeln, dass eine nachhaltige Wirkung erzielt werden kann. An die Vertreter der Kostenträger gerichtet stellte Tornow klar, dass eine aus Gründen der Kostenersparnis reduzierte Hilfe der Kommune langfristig unter Umständen wesentlich teurer wird, wenn aufgrund eingeschränkter Hilfsleistungen die Nachhaltigkeit nicht gesichert werden kann.

Zum Thema Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP), ihre möglichen Schnittstellen zur Jugendhilfe und gemeinsamen Kooperationsperspektiven referierten der Leiter der KJP Dr. Michael Stern und sein psychologischer Mitarbeiter Dr. Eugene Eppstein. Die Anmeldezahlen der Wilhelmshavener Psychiatrie belegen es: Immer mehr Kinder und Jugendliche sind mit Problemen konfrontiert, die eine psychiatrische Intervention erforderlich machen. Eppstein und Stern machten vor allem deutlich, dass auf dem Gebiet der psychiatrischen Hilfen auch relativ viele offene Fragen den gesicherten Erkenntnissen entgegenstehen. Schon die Diagnostik kann täuschen. Der Einsatz von Psychopharmaka kann u. U. schnell helfen. Die Verabreichung von Retalin für ADS- (hyperaktive) Kinder verspricht rasche Besserung, aber die Experten warnen vor hohen Nebenwirkungen und weisen darauf, dass "die Langzeitwirkung von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen noch nicht ausreichend erforscht ist" (Dr. Michael Stern). Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe haben unterschiedliche Handlungsmaximen. Die Psychiatrie bietet Heilung oder Besserung an. Die Jugendhilfe will beispielsweise die Erziehungskompetenz der Eltern erhöhen. Eppstein und Stern wiesen darauf hin, dass dem Rat- und Hilfesuchenden nicht immer deutlich ist, wann die Handlungsfelder Psychiatrie und Jugend-

hilfe zuständig sind. Dass ihr Kind "krank" sei und deshalb behandelt werden muss, ist, so die Experten der Wilhelmshavener KJP, Eltern manchmal erträglicher, als sich in der Jugendhilfe mit Defiziten ihrer Erziehungskompetenz auseinanderzusetzen.

Soziale Hilfen, wenn sie von Experten organisiert angeboten werden, kosten Geld. Die stationäre Unterbringung eines Kindes in einem Heim z. B. belastet das Budget der kommunalen Hilfe mit bis zu 50.000 Euro pro Jahr. Fremdunterbringungen auf das absolute Mindestmaß zu reduzieren ist ein vorrangiges Anliegen aller kommunaler Kostenträger. Wenn Einsparungen nicht zu Lasten der Hilfebedürftigen gehen sollen, müssen alternative Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden. "Sozialraumorientierung und -budgetierung" heißt dazu bundesweit das neue Zauberwort. Sozialraumorientierung als sozialpädagogisches Konzept wird mittlerweile in vielen Städten umgesetzt. Die Stadt Celle hat im Rahmen eines aus Bundesmitteln geförderten Modellprojektes die Sozialraumorientierung als neues Steuerungsmittel der Jugendhilfe umgesetzt. Der Celler Jugendamtsmitarbeiter Georg Schäfer erläuterte deren Grundprinzipien.

Die Konzepte der Sozialraumorientierung schlagen auch ein neues Finanzierungsmodell vor: die Finanzierung durch Sozialraumbudgets. Nach diesem Modell soll die Finanzierung von freien Trägern nicht mehr an die individuelle Fallbearbeitung gekoppelt werden. Vielmehr werden Träger ausgehend von sozialräumlichen Kriterien über auszuhandelnde Budgets finanziert - unabhängig von fluktuierenden Fallzahlen. Mit diesem Modell wird es für Träger attraktiv, Fälle eher früher als später zu beenden, Klienten und Familien zu aktivieren, die eigenen Selbsthilfepotenziale auszubauen und zu nutzen. Darüber hinaus werden die Finanzen sowohl für die Jugendämter als auch für die freien Träger planbarer, es können eher längerfristige Perspektiven ins Auge gefasst werden als bisher.

Der Wilhelmshavener Jugendamtsleiter Carsten Feist erläuterte in der abschließenden Podiumsdiskussion, warum er im Gegensatz zur Jugendhilfe im Landkreis Friesland im Jahr 2007 das Konzept der Sozialraumorientierung zügig umsetzen will. Die kommunale Jugendhilfe will, so Feist, unter Einbeziehung der freien Träger die insbesondere präventiven Hilfen so früh wie möglich an Kindergärten, Schulen und in den Sozialräumen installieren, um später hohe Folgekosten zu vermeiden. □



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Die Fachtagung "Jugend- und Familienhilfe in Zeiten knapper Kassen"

wurde organisiert von der Arbeitsgemeinschaft der Träger ambulanter Jugendhilfe in Friesland. Dieser AG gehören an:

- Freie Soziale Dienste Friesland e.V.
- Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit
- Pädagogische Praxis für Kinder, Jugendliche und Familien "Lichtblick"
- SOS-Hilfeverbund Wilhelmshaven Friesland
- Sozialpädagogisches Zentrum Schortens
- Waisenstift Varel - Familienhilfen
- Zentrum für Familie, Frauen und Jugend "Pustebume"

Straßenräuberei

Wieder einmal wurde den Langzeitarbeitslosen Geld aus der Tasche gezogen

(noa) Thema der ALI-Monatsversammlung am 12. September war wie so oft Hartz IV. Diesmal gab es keinen externen Referenten, sondern Werner Ahrens blickte zurück: Noch nicht einmal zwei Jahre gibt es das Gesetz, doch es wurde schon mehrere Male geändert.

Die jüngste Änderung betrifft die Freibeträge. Bekanntlich dürfen Arbeitslose eine gewisse Summe Geldes besitzen, die sie nicht für den Lebensunterhalt antasten müssen, sondern – wie andere Leute auch – für Anschaffungen oder andere Wechselfälle des Lebens „auf der hohen Kante“ haben dürfen. Diese Summe richtet sich nach dem Lebensalter. In der ursprünglichen Fassung des Gesetzes handelte es sich um 200 € pro Lebensjahr. Eine 40-jährige erwerbslose Person durfte bis neulich also 8000 € z.B. auf einem Sparsbuch haben. Diese Summe wurde nun auf 150 € pro Lebensjahr gesenkt. Gleichzeitig wurde der Freibetrag für die Altersvorsorge von 200 auf 250 € erhöht.

Nur umschichten?

Das klingt zunächst mal so, als gäbe es eigentlich gar kein Problem, als müsste man nur die 50 € pro Lebensjahr vom Sparsbuch holen und auf die Altersvorsorge draufpacken.

Aber Pustekuchen! Dafür hätte gleichzeitig das Versicherungsvertragsgesetz geändert werden müssen. Und das ist unterblieben. Keine Bank oder Versicherungsgesellschaft darf von einem Arbeitslosen die bewussten 50 € mal Lebensjahre annehmen und für ihn festlegen.

Nehmen wir das Beispiel eines 55-Jährigen. Er durfte bis Ende Juli 11.000 € Ersparnis haben. Seit dem 1. August darf er nur noch 8250 € horten. Hat er die 11.000 € tatsächlich besessen, dann hat er nun auf einmal 2750 € „zuviel“. Diese Summe muss er nun erst einmal in den Lebensunterhalt fließen lassen, bis sie aufgebraucht ist. Inzwischen bekommt er kein Alg II. Stattdessen bekommt er einen Einstellungsbescheid. Und falls er seinen letzten Antrag z.B. im Mai

oder Juni abgegeben hat und im August noch Geld bekommen hat, kann ihm sogar eine Rückzahlungsforderung blühen.

Haben „die da oben“ geschlafen, als sie „vergessen“ haben, das Versicherungsvertragsgesetz gleichzeitig zu ändern? Oder war es Absicht? Nun, das Freibetragsneuregelungsgesetz hatte den Zweck, an den Langzeitarbeitslosen zu sparen. Und dieser Effekt wäre ja gar nicht erzielt worden, wenn die Betroffenen ihr „Zuviel“ an Ersparnis behalten könnten.

Perfektes Timing!

Ganz schlaue Arbeitslosengeld II-Empfänger hätten aber ihr Geld vor dem Zugriff des Staates retten können. Man kann ja z.B. Geld auch unter der Matratze aufbewahren oder seinem eigentlichen Zweck zuführen. So hätte der o.a. 55-jährige Arbeitslose ja für 2750 € einige Anschaffungen schon jetzt statt irgendwann später tätigen können.

Aber dafür, dass dergleichen nicht passierte, haben „die da oben“ mit ihrem Timing gesorgt: Das Freibetragsneuregelungsgesetz wurde am 28. Juli (einem Freitag) verabschiedet und trat am 1. August (einem Dienstag) in Kraft. □



meldungen

Völlig überlastet

ist nach wie vor das Sozialgericht Oldenburg, das für Wilhelmshavener Klageführende zuständig ist. Zwar bekommt es jetzt eine weitere Richterin, doch immer noch muss man bis zu einem halben Jahr warten, bis Eilanträge verhandelt werden. Erfreulich: Nur noch ein Richter ist der Meinung, dass in Auseinandersetzungen um die Kosten der Unterkunft nach Hartz IV die in der Wohngeldtabelle genannten Summen unterschritten werden dürfen. Bekanntlich bewilligt das Job-Center Wilhelmshaven immer wieder zu geringe Mietkosten (bei Einzelpersonen 252 statt 280 €, bei 2 Personen 310 statt 345 €, bei mehr Personen 372 statt 410 €). Auch wenn man lange warten muss: Widerspruch und Klage lohnen sich. (noa)

Ebbe

herrscht schon wieder in der Kasse der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland. Spätestens ab November, eventuell sogar schon ab Anfang Oktober wird Werner Ahrens wie schon einmal nur noch einen Minijob als Sozialberater der ALI machen können. Dadurch werden die Beratungszeiten wieder drastisch reduziert werden müssen. „10.000 Arbeitslose schaffen es nicht. Die ALI ausreichend zu finanzieren“, sagte der ALI-Vorsitzende Günther Kraemmer auf der letzten Monatsversammlung enttäuscht. (noa)

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

Büro (vorm.) 04421 / 1400823



VERSICHERUNGSGRUPPE



©GRUPPO1635.com | foto.hufenbach

Wilhelmshavener Schiffe

sind letzte Woche ausgelaufen, um an einem „robusten“ Einsatz im Nahostkonflikt teilzunehmen. Die LAW (linke alternative wilhelmshaven) will mit Befürwortern und Gegnern dieses Einsatzes sprechen. Für den 11. Oktober hat sie den Standortältesten zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema eingeladen. Bis dann wird der Marineverband schon am Ziel eingetroffen sein und seine Arbeit aufgenommen haben. Ob der Standortälteste kommt, ob er einen Vertreter schickt oder ob die Veranstaltung ohne die Beteiligung der Marine ablaufen muss, weiß die LAW noch nicht. Erfreulich wäre es auf alle Fälle, wenn auch Soldaten und ihre Angehörigen sowie alle anderen, die sich dafür interessieren, kommen würden. **Mittwoch, 11. Oktober, 19.30 Uhr, Gaststätte „Schwarzer Bär“, Bismarckstraße 179a.**

Ratssplitter

**vom 20. September 2006
zusammengekehrt von Imke Zwoch**

Nach der Wahl ist vor der Wahl oder was? Der neu gewählte Rat wird sich erst Anfang November offiziell zusammenfinden, und so hätten sich die Altgedienten auf dieser vorletzten regulären Sitzung ja mal völlig entspannen können. Weit gefehlt. Die vertrauten Verhaltensmuster und Rollenspiele sind zu lange eingeübt, und so spulte das Programm Neumann gegen Reuter und beide zusammen gegen FDP und BASU ab wie gehabt. Gähnen.

* Arme teure Kinder

Im letzten Jahr stieg die Anzahl der Heimerziehungen in der Stadt von 58 auf 80 Fälle, zwölf davon durch Zuzüge von außerhalb. Pro Heimplatz werden monatlich 3.900 Euro berechnet. Hierfür wurde eine Nachbewilligung von 1,5 Mio Euro aus dem städtischen Haushalt erforderlich. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich diese Heimkosten aufschlüsseln. Zum Vergleich: Eine mir bekannte Hartz-IV-Empfängerin erhält pro Kind 190 Euro monatlich, mit denen sie es ernähren, kleiden und seine sonstigen materiellen Bedürfnisse erfüllen muss.

* Kirchturm 1

Derzeit liegt es im Trend, dass benachbarte Landkreise und kreisfreie Städte Zweckverbände gründen, um bestimmte Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Das spart natürlich Geld (was alle gut finden), vor allem in Form von Personalstellen (was je nach Blickwinkel mehr oder weniger gut ist). Ein Zweckverband bedeutet jedoch auch: langjährige Verhandlungen, bis man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt hat. Zudem muss man auskurgeln, welcher Landkreis nun Sitz der neuen Einrichtung werden darf. Weiter bedeutet es für die Beteiligten, Entscheidungsbefugnisse abzugeben. Und das tut einigen richtig weh.

Nun gut: Die Stadt will zusammen mit den Landkreisen Friesland, Wittmund und Wesermarsch einen Zweckverband "Veterinäramt JadeWeser" gründen. Darüber hatte der Rat zu beschließen. In letzter Sekunde fiel den großen Parteien jedoch plötzlich ein und auf, was man noch so an den Verhandlungsergebnissen ändern müsste. CDU-Sprecher Günter Reuter forderte "weniger hoch dotierte Beamte" im neuen Amt. Und die (kostendckende) Anhebung der Fleischbeschaugebühren ist auch nicht in seinem Sinne. Die SPD möchte je eine/n Vertreter/in der Gebietskörperschaften zusätzlich in den Aufsichtsrat entsenden und fordert die rechtzeitige Vorlage des Wirtschaftsplanes.

CDU-Landwirtschaftsexperte Weerda wies darauf hin, dass Anfang nächsten Jahres eine EU-Verordnung in Kraft tritt, wonach die Gebühren für die Fleischbeschau nicht ohne Weiteres die vorgesehene Pauschale von 5 Euro überschreiten dürfen. FDP-von Teichman

will hingegen den privat betriebenen Schlachthof nicht aus öffentlichen Mitteln subventionieren, sondern kostendeckend arbeiten lassen. SPD-Neumann will den Schlachthofbetreiber nicht zusätzlich belasten, um die dortigen Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Dass durch den Zweckverband letztlich Stellen im öffentlichen Bereich wegrationalisiert werden, wurde nicht thematisiert.

Nach einer Beratungspause zog die CDU ihren Änderungsantrag zurück und schloss sich dem der SPD an. Ein erster Hinweis auf eine mögliche große Koalition?

* Kirchturm 2

Durch einen weiteren Zweckverband will die Stadt mit dem Landkreis Friesland eine gemeinsame Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienste schaffen. Der Landkreis Wittmund hatte sich vorab ausgeklinkt. Damit nicht genug, will er ausgerechnet jetzt eine sogenannte bunte Leitstelle (Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei), die auch Aurich und Leer abdeckt, für sich an Land ziehen. Im Zuge der landesweiten Polizeireform war nun gerade Wilhelmshaven als Standort für eine überregionale Polizei-Leitstelle festgelegt worden. Neumann kritisierte dieses Hin und Her der Landesregierung, CDU-Reuter schob den Landkreisen die Schuld zu.

BASU-Vertreter Tjaden kam auf den Kern zurück: Man solle vor allem bis zur Einrichtung der Leitstelle die bisherigen Probleme lösen – in erster Linie die 20.000 angesammelten Überstunden der Beschäftigten abbauen. Sinn des Ganzen ist, siehe oben, zu sparen. Dazu Dezernent Jens Graul: "Mission completed – wir werden sparen." Statt bislang elf würden nur noch sechs bis sieben Wilhelmshavener Feuerwehrleute in der Leitstelle eingesetzt, die übrigen stellt Friesland. Die Gründung dieses Zweckverbandes wurde einstimmig beschlossen.

* Trotz alledem

Trotz latenter Proteste aus der Bevölkerung wurde bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung die Umwidmung der Schleuseninsel zum Gewerbegebiet beschlossen. Immerhin will man nun entgegen früheren Planungen zunächst den nördlichen Teil mit Gewerbe belegen und die Freizeitgärten erst beanspruchen, wenn zusätzlicher Bedarf besteht. Ein Lärmschutzwall (Kosten: 250.000 Euro) soll die Laubenpieper vor Beeinträchtigungen schützen. Norbert Schmidt (SPD) bekräftigte, dass östlich der KW-Brücke die Hafenwirtschaft favorisiert werden soll. Die Verwaltung habe bestätigt, dass es Nutzungsinteressenten gäbe. "An die Lauben gehen wir erst, wenn alles voll ist."

Von Teichman würde statt des Lärmschutzes lieber Ersatzflächen für die Lauben schaffen. Die Zusatzkosten für den Wall, der ohnehin nur zwei bis fünf Jahre nötig sei, würden Investoren abschrecken. Baudezernent Kotteck stellte richtig, dass die entstehenden Mehrkosten pro m² Gewerbefläche zu vernachlässigen sind.

Tjaden äußerte folgende Bedenken: "Wir schieben das Gelände gerade und sagen, die Investoren stehen Schlange – es gab einen, aber der war N-Ports (Landesbetrieb für Häfen, Eigentümer der Flächen – red) nicht genehm." Zudem habe das Land seines Wissens derzeit gar kein Geld zur Herrichtung der Flächen. Bernhard Rech (CDU) stieß teilweise ins gleiche Horn: Man solle die Bürger nicht vor den Kopf stoßen. "In Voslapp haben

wir auch vor zwei Jahren alles platt gemacht ..." (und bis heute ist der JadeWeserPort noch nicht im Bau – red). Reuter bezeichnete Tjadens Bedenken als "Spökenkikerei" – "machen Sie bitte weiter so", ereiferte er sich. (Worauf er sich verlassen kann.)

Befremdlich fand ich, dass immer nur von den Freizeitgärtnern die Rede war – und nicht von den vielen Einheimischen und Gästen, die die Schleuseninsel sonst noch nutzen. Nicht ohne Grund haben BürgerInnen mit breiter Unterstützung das abhanden gekommene Molenfeuer neu aufgebaut – als Ziel eines langen Spaziergangs an der Wasserkante oder einer abendlichen Radtour. Hier wird wieder mal auf blauen Dunst ein riesiges touristisches Potenzial vergeudet. ☹️☹️☹️

* Wie gewonnen, so zerronnen

Die Stadt erhält aus dem Jahresgewinn 2005 ihrer Tochtergesellschaft WEB 519.000 Euro ausgeschüttet. Eine andere Tochter, die WTF, ist weniger gewinnbringend: Um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, werden 1,5 Mio Euro aus dem städtischen Haushalt in die Tochter gepumpt. ☐

DANKE!



**LIEBE WÄHLERINNEN UND WÄHLER
DER BASU.**

Am 10. September haben Sie uns mit 4,8 % in den Rat der Stadt gewählt, und damit Ihr Vertrauen ausgesprochen.

Dafür möchten wir uns bedanken. In den nächsten 5 Jahren wird sich die BASU für Wilhelmshaven, und damit für die Bürger unserer schönen Stadt einsetzen.

Wir nehmen Ihren Wähler-Auftrag mit Freude an.

Haben Sie Anregungen, Probleme, oder möchten mithelfen?

**Melden Sie sich
oder kommen
Sie gleich zu
unseren regel-
mässigen Treffen!**

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN
BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT
WWW.BASU-WHV.DE

**BASU-TREFFEN: REGELMÄSSIG
2X IM MONAT, JEDEN 1. UND 3. MONTAG
IN DER RUSCHEREI AB 19.30 UHR!**
www.basu-whv.de

Wieso, weshalb, warum

Kinderarmut in Wilhelmshaven

(iz) Am 20.9. war Weltkindertag. Einmal im Jahr macht man sich Gedanken über die materielle und seelische Situation unseres Nachwuchses? Nein, es gibt viele Engagierte, die sich Tag für Tag damit auseinandersetzen wollen oder müssen. Einige davon trafen sich im Pumpwerk zu einer Podiumsdiskussion über Kinderarmut. Hinter erschütternden Zahlen lugte auch ein Stück Hoffnung hervor.

Eingangs gab Dr. Antje Richter von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V. (Hannover) einen Überblick über die Situation. Als arm gilt, wer weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Monatseinkommens hat. Lange Zeit ging es den Niedersachsen noch besser als dem Bundesdurchschnitt (aktuell 12% Arme), doch in den letzten Jahren stieg die Zahl hier auf 14,5%, denen weniger als 572 Euro monatlich zur Verfügung stehen. Kinderreiche Familien sind sogar zu 33% davon betroffen.

Niedersachsenweit beziehen 13,6% aller Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld, in Wilhelmshaven sind es aktuell 27,9%. Laut UNICEF sind in Deutschland 1,5 Mio Kinder arm, die Zahl steigt hier drastischer als in anderen Industrieländern.

Anhand verschiedener Statistiken und Studien machte Richter deutlich, dass arme Kinder schlechtere Bildungschancen haben als Gleichaltrige aus "besseren" Familien: "Wieso weshalb warum – wer nichts hat, bleibt dumm". Nicht allein, dass die angespannte Situation im Elternhaus ihre Entwicklung beeinträchtigt – 67% sind nicht altersgerecht entwickelt, sie hängen in allen ihren Fähigkeiten oft mehrere Jahre hinterher, es wurde sogar herausgefunden, dass sie bei gleichen Noten oft schlechtere Empfehlungen für weiterführende Schulen erhalten als MitschülerInnen aus "geordneten" Verhältnissen. Sie werden schlechter ernährt, sind oft übergewichtig und haben oft nicht die Möglichkeit, ihrem Grundbedürfnis nach Bewegung z. B. in Sportvereinen nachzukommen.

Richter beschränkte sich nicht auf diese und viele weitere erschütternde, aber letztlich kalte Zahlen, sie schilderte auch eindrucksvoll Einzelschicksale aus ihrer Beratungspraxis. Wie bewältigen arme Kinder ihre Situation? Zusätzlich zum materiellen Mangel müssen sie auch noch die Kröte schlucken, ausgegrenzt zu werden. Sie zitierte z. B. aus einem Interview mit einem betroffenen Mädchen, das noch nicht einmal auf dem Rummel mit Freundinnen Karussell fahren konnte – die Mutter konnte ihr einfach kein Geld dafür geben. Oftmals reagieren die mehrfach überforderten Eltern aggressiv, wenn die Kinder mit ihnen über die Probleme sprechen wollen. Andererseits schrauben vor allem allein erziehende Mütter ihre eigenen Bedürfnisse bis hin zur Ernährung zurück, um wenigstens den Kindern ein Minimum zu ermöglichen.

Richters Ausführungen wurden durch die anwesenden Fachleute aus Wilhelmshaven ergänzt und im Wesentlichen bestätigt. Dr. Rübsamen, Leiter des Gesundheitsamtes, weiß, dass bei mehr als 7% der Kinder kein Elternteil einer Beschäftigung nachgeht. In der Südstadt und Fgrodten gehören 64% aller Kinder zu gesellschaftlich benachteiligten Gruppen (arm, allein erziehend, MigrantInnen etc.). Jugendamtsleiter Carsten Feist berichtete, dass seine Behörde schon für ein Drittel der derzeit 1.900 Kindergartenplätze (3-bis 6-

Jährige) die Kosten übernehmen muss, weil die Eltern es einfach nicht können. 80% aller Wilhelmshavener Heimkinder kommen aus ALG II-Familien. Die Leiterin der Hafenschule, Inse Böhlke-Itzen, beschrieb den Schulalltag im sozialen Brennpunkt. Manche Kinder sind schon deutlich vor Schulanfang auf dem Schulhof, weil sie nicht anderweitig betreut werden. Sie kommen ohne oder mit ungesundem Frühstück (Süßigkeiten). Sie kommen ohne Hausaufgaben, weil das keiner beaufsichtigt. Sie kommen falsch gekleidet (im Sommer zu warm, im Winter ohne Socken), ohne Sportzeug, mit unaufgeräumten Ranzen, oft fehlen über Wochen die erforderlichen Schulbücher (mehr als 40% nutzen die Schulbuchausleihe), statt kind- und schulgerechter Materialien stattdessen die Eltern sie mit kostenlosen Werbegeschenken aus (Textmarker statt Bleistift u.ä.)

Dorothee Langer leitet die Beratungsstelle "Wendepunkt", die im Auftrag der Stadt Familienhilfe leistet. Nach ihrer Kenntnis ist jedes dritte Kind in der Stadt mehrfach benachteiligt, jedes fünfte wird keinen Schulabschluss erhalten. Der Wendepunkt kümmert sich auch um vernünftige Ernährung: "Kinder kannten teilweise das Gemüse nicht, das wir ihnen gegeben haben." Fazit: "Nach 12 Jahren Arbeit haben wir alles durch". Und: "Ein im Elternhaus verhungertes Kind – so etwas kann auch in Wilhelmshaven passieren."

Marianne Janss gab ergänzende Informationen zur Gruppe der MigrantInnen: etwa 7.500 WilhelmshavenerInnen haben einen Migrationshintergrund (je zur Hälfte Ausländer bzw. Aussiedler). 400 Flüchtlingsfamilien leben hier, 80% von ALG II, das sie in Form von Wertgutscheinen erhalten, zuzüglich 40 Euro Taschengeld im Monat.

Nicht selten gelingt es Familien über mehrere Generationen nicht, aus der Armutsfalle herauszukommen. So sind es laut Böhlke-Itzen nicht immer die Lehrkräfte, die den betroffenen Kindern den Zugang zur Realschule oder zum Gymnasium absprechen; auch Eltern beschließen, entgegen anderslautender Empfehlung: "Hauptschule reicht!" Oder, so Langer: Eltern, die selbst als Kind häusliche Gewalt erlebt haben, wollen es besser machen – und setzen den eigenen Kindern dann aus falsch verstandener Liebe gar keine Grenzen mehr – was deren sozialer Kompetenz eher schadet.

Keine/r wollte nun diese Runde ohne eine bessere Zukunftsperspektive verlassen. Richter: "Das Problem Kinderarmut wird nicht zur Kenntnis genommen. Zahlen liegen uns aber zur Genüge vor. Es besteht kein Erkenntnis-, sondern Handlungsbedarf!" Konzepte lägen zur Genüge vor, aber "es fehlt der politische Wille, sie umzusetzen." Stimmen aus dem Publikum vermissten übrigens bei dieser Diskussion die städtische Kommunalpolitik. (Norbert Schmidt war da – die Verf.) Feist führte verschiedene städtische

Maßnahmen an, u. a. das neue Jugendzentrum in Fgrodten. Er forderte, man solle nicht immer nur meckern und nach der öffentlichen Hand rufen. Damit tat er den Anwesenden allerdings unrecht. Denn wenigstens die Fachleute die Situation anhand drastischer Zahlen beschrieben hatten, so vermittelten sie doch nicht den Eindruck, resigniert die Hände in den Schoß zu legen. Böhlke-Itzen berichtete, dass Hausbesuche bei Erstklässlern fester Bestandteil des Konzeptes der Hafenschule sind: "Wir kriegen mehr zu fassen, als wir zu hoffen wagen" – aber "man verlangt uns Lehrkräften den Sozialarbeiter ab." Darüber hinaus ergänzen z. B. Lehrkräfte aus eigener Tasche Materialien, die Kinder von den Eltern nicht erhalten. In Kooperation mit der Musikschule können Kinder für 11 Euro im Monat Gitarrenunterricht nehmen. Dass auch ehrenamtlich etwas getan wird, bestätigte Brigitte Tabbach vom Kinderschutzbund. Derzeit kümmern sich dort 28 Frauen (wo sind die Männer? – die Verf.) um benachteiligte Kinder, die sich u. a. (über gebührenfreie Telefone) anonyme Beratung holen können.

Langer brachte den gesellschaftspolitischen Umgang mit Kinderarmut auf den Punkt. Z. B. PISA: "Man guckt immer nach den Ländern, wo es noch schlechter läuft," statt sich an Vorbildern zu orientieren. "Die niedersächsische Schulreform ist das Gegenteil von dem, was PISA fordert." Als Grundursache erkennt sie den "Spätkapitalismus": "Kapital und Macht kumulieren – denen ist es egal, ob wir arme Kinder haben." Moderator Jürgen Westerhoff, bemüht um eine harmonische Atmosphäre: "Aber Sie kriegen doch auch Spenden ..." Womit er Langers These eher be- als widerlegte, denn zum Kapitalismus gehören auch die Almosen, die von den Tischen der Reichen fallen.

Feist sieht eine Chance im demografischen Wandel: Angesichts sinkender Geburtenzahlen dürfe man nicht die Mittel kürzen, "das Geld nicht einsacken, sondern im System lassen." Prävention sei zwar eine freiwillige Leistung, "aber nicht disponibel."

Langer formulierte das Ziel: "Weg von den zerfledderten Arbeitskreisen hin zu etwas Zentralem – wir müssen etwas bewegen." Sollte man nun aus dieser Veranstaltung heraus (mal wieder) einen neuen Arbeitskreis gründen? Wolfgang Schwarz von der Wilhelmshavener Kinderhilfe wusste dazu eine Alternative: den bei der Wiki gegründeten Arbeitskreis Kinderarmut als gemeinsames Forum nutzen. □



Verarscht!

Wer glaubt noch an den Weihnachtsmann?

(noa) Arbeitsgelegenheiten, kurz AGH, besser bekannt als "1-Euro-Jobs", sollen laut Hartz IV zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt beitragen. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 2004, also vor Inkrafttreten des Gesetzes, wurden Befürchtungen laut, dass sie diesen Zweck nicht erfüllen werden, sondern sogar außerdem Jobkiller sind.

Vieles deutet darauf hin, dass es so auch tatsächlich gekommen ist.

Dass Arbeitsgelegenheiten eigentlich dazu dienen sollen, Arbeitsentwöhnte wieder an die Arbeit heranzuführen, Arbeitsunwillige zur Arbeit zu erziehen, davon ist schon lange keine Rede mehr. Von Anfang an war es so, dass Menschen, die schon lange ohne Erwerbsbeschäftigung waren und dringend arbeiten wollten, sich um die AGH geradezu gerissen haben. Zur Zeit des letzten "Frühjahrsputzes" der WZ hörte ein Gegenwindler zufällig, wie ein 1-Euro-Jobber über diese Aktion schimpfte: "Die nehmen uns die Arbeit weg!" Die wenigen Langzeitarbeitslosen, die in Wirklichkeit nicht arbeiten wollen und sich auf Kosten der Allgemeinheit durchs Leben niesen wollen, schaffen das auch weiterhin.

Zusätzliche Arbeit?

"Zusätzlich" und "gemeinnützig" sollen die Tätigkeiten sein, die Langzeitarbeitslose gegen eine Mehraufwandsentschädigung von einem Euro oder auch 1,50 € pro Stunde im Prinzip höchstens für ein halbes Jahr, nur in Ausnahmefällen auch länger, im Prinzip höchstens 4 Stunden am Tag, in Ausnahmefällen auch mit längerer Arbeitszeit verrichten sollen. "Zusätzlich", das heißt, dass es sich um Arbeiten handelt, die normalerweise, also ohne AGH, gar nicht getan würden. Bezogen auf die Stadt Wilhelmshaven als Trägerin und Nutznießerin von AGH wird sehr laut darüber getuschelt, dass sie das Kriterium der Zusätzlichkeit dadurch erfüllt, dass sie erst Leute entlassen oder nach Verrentung nicht ersetzt hat, um dann zu sagen, die Arbeit, die nun nicht mehr verrichtet wurde, sei "zusätzlich". Ein Blick in die Liste der "Arbeitsgelegenheiten 2006" zeigt, dass dieses Getuschel zu stimmen scheint: Zwei Arbeitskräfte reinigen in Trägerschaft der Stadtwerke die Grünflächen auf dem Gelände des City-Hallenbades; drei arbeiten im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus auf dem Gelände des Rosariums (Träger: GAQ, eine städtische Gesellschaft); 40 (vierzig!) verrichten im Bereich von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden und Anlagen Gärtnerarbeiten, schneiden Bäume zurück, zupfen Unkraut, mähen Gras (Träger: wieder die GAQ). Dies sind Arbeiten, die eigentlich dem Grünflächenamt obliegen. Doch das besteht, betrachtet man die Personalstärke, genau genommen gar nicht mehr.

Ist Lohnkostensparen "gemeinnützig"?

Über 40 teilzeitbeschäftigte Gärtnergehilfen, für die kein Lohn zu zahlen ist, ersetzen ca. 30 bezahlte Kräfte. Das spart! Denn die 1,50 € pro Stunde, die sie bekommen, stammen ja aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, und die Stadt "hat keinen Pfennig dazubezahlt". Wieviel sie zusätzlich zum eingesparten Lohn an ihnen verdient, konnten wir nicht ermitteln. Das Gesetz sieht "Regie-

mittel" bis zu 500 € pro Arbeitskraft monatlich für die Träger von AGH vor; wir erfuhren aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen, hier in Wilhelmshaven seien es 350 €. Doch da uns ein nicht-städtischer Träger von AGH glaubwürdig versichert, keine "Regiemittel", sondern nur die Mehraufwandsentschädigung, die an die Ein-Euro-Jobber auszuzahlen ist, zu kassieren, müssen wir entweder annehmen, dass es im Bereich des Job-Centers Wilhelmshaven grundsätzlich keine gibt – oder dass manche Träger welche bekommen, andere hingegen nicht.

"Gemeinnützig" sollen die Arbeiten, die Ein-Euro-Jobber erledigen, außerdem sein. Gut, das kann man bei der Pflege öffentlichen Grüns ebenso wenig in Zweifel ziehen wie bei dem Einsatz von AGH-Kräften im sozialpädagogischen und pflegerischen Bereich. Aber ist Letzteres denn auch "zusätzlich"?

Was ist "zusätzlich"?

An einigen Wilhelmshavener Schulen arbeiten Ein-Euro-Kräfte. An der IGS macht eine Kraft mit 30 Wochenstunden "Schülerbetreuung im handwerklichen Bereich". Auch als Pausenaufsichten und zur Betreuung kranker Schulkinder sind AGH-Kräfte an der IGS tätig. An der Grundschule Altengroden sind vier Kräfte mit je 30 Stunden als "Computerlotse", als Lehrkräfte für gesunde Ernährung und mit Arbeit in der Schulbücherei beschäftigt. An der Freiherr-vom-Stein-Schule betreuen AGH-Kräfte SchülerInnen in den Nachmittagsstunden, die Oldeooogeschole nennt eine AGH zur Hausaufgabenbetreuung ihr eigen, und an der Hafenschule und der Nogatschule, die auch Kinder mit Behinderungen aufnehmen, arbeiten AGH-Kräfte als Integrationshelfer.

Kontinuität gefordert

Dieses zuletzt genannte Beispiel wirft am deutlichsten die Frage auf, ob es tatsächlich zusätzliche Arbeit ist. Da arbeitet z.B. ein Ergotherapeut als Integrationshelfer mit einem behinderten Jungen, während voll bezahlte Erzieherinnen andere behinderte SchülerInnen betreuen. Ist die Arbeit des Ergotherapeuten "zusätzlich" in dem Sinn, dass der betroffene Junge ansonsten keine Integrationshilfe bekäme?

Beim "Einstellungsgespräch" hat die Schulleiterin dem Ergotherapeuten gesagt, wie wichtig es ist, dass er regelmäßig und pünktlich kommt. Eine solche Arbeit erfordert Kontinuität, das Kind gewöhnt sich an seinen Integrationshelfer, da sollte man schon zuverlässig sein. Doch wie ist es damit zu vereinbaren, dass man für eine solche Arbeit einen Ein-Euro-Jobber nimmt? Der ja nur für sechs Monate, höchstens ein Jahr beschäftigt werden darf?

An der Schule, an der dieser Ergotherapeut als AGH-Kraft tätig ist, wurde übrigens zum Beginn des laufenden Schuljahrs ein Er-

Danke!

Über 1000 Menschen haben am 11. September der LAW oder ihren Einzelkandidaten ihre Stimmen gegeben. Sie haben es möglich gemacht, dass Johann Janssen und Gerold Tholen im Rat der Stadt ihre Stimme erheben können für mehr soziale Gerechtigkeit in Wilhelmshaven.

Dafür danken wir unseren Wählerinnen und Wählern und laden sie ein, mit uns politisch tätig zu werden. Unsere öffentlichen Mitgliederversammlungen finden jeden Mittwoch ab 19.30 Uhr in der Gaststätte Schwarzer Bär (Bismarckstraße 179a) statt.



gothérapeute in einem sozialversicherten Arbeitsverhältnis eingestellt. "Unser" Ergotherapeut hatte sich auf diese Stelle beworben. Schließlich sollen die AGH ja die Eingliederung Arbeitsloser fördern...

Verarscht! Er bekam die Stelle nicht. ☐



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.

Der Gegenwind sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen. Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

30 Jahre Pumpwerk

Wie steht das Pumpwerk heute da?

(hk) Zusammen mit einigen hundert geladenen Gästen feierten auch zwei GegenwindlerInnen das Jubiläum des Wilhelmshavener Vorzeigeobjektes an der Deichbrücke. Aufgemacht im Stil einer Schickeria-Party (gedämpfter Live-Jazz [piano/sax], ein "flying Buffet", 30 Jahre Pumpwerk als PowerPointPräsentation, alle Getränke frei) kam das berühmte Pumpwerk-Feeling nur bei der Rede des Oberbürgermeisters im Ansatz zum Tragen.



Eingeleitet wurde der Abend von einem Vortrag der Wilhelmshavener Touristik- und Freizeit-Vorsitzenden und Gastgeberin Aida Kleinschmidt.

Frau Kleinschmidt manifestierte in ihrer Rede die Entwicklung, die das Pumpwerk in den letzten Jahren mitgemacht hat – von einem Kultur- und Kommunikationszentrum zu einer Dependence der Stadthalle. Das Pumpwerk ist dann ja auch genau den Weg gegangen, den Frau Kleinschmidt schon bei ihrer Amtseinführung beschrieben hatte. Aus dem Pumpwerk wurde ein eiskalt durchkalkulierter und betriebswirtschaftlich ausgerichteter Veranstaltungsort, an dem die Agenturen ihre Freude haben.

Das Positive an Frau Kleinschmidt ist, dass sie sich gar nicht erst bemüht, die Bedeutung des Pumpwerks für die Wilhelmshavener Bevölkerung zu verstehen. Sie macht eben ihren Job auch in der Jubiläumsrede.

Ganz anders kam Wilhelmshavens Oberbürgermeister Eberhard Menzel daher. In seiner Rede merkte man, dass er wirklich einen Großteil seiner freien Zeit im Pumpwerk verbracht hatte, dass er die Auseinandersetzungen der damaligen Zeit nicht nur vom Hörensagen kennt. Man konnte bei ihm spüren, dass ihm bewusst war, was das Pumpwerk für Wilhelmshaven und letztendlich auch für die bundesweite Entwicklung der soziokulturellen Zentren bedeutete.

Wir zitieren rückblickend aus einem Gegenwind-Artikel vom Januar 2004:

1976 wurde das alte Pumpwerk an der Deichbrücke zum Kulturzentrum. Es wurde

Gruppen- und Spielaktivitäten im Pumpwerk		
Samstag	14.00 Uhr	Fürstlich in der Theaterkammer
	16.00 Uhr	Kindertheater (Theaterkammer)
	18.00 Uhr	Jahres- und A. Theaterkammer
		Einrichtung für Angehörige von Geflüchteten durch die DFL/IKK
Mittwoch	10.00 Uhr	Kindertheater in Theaterkammer
	16.00 Uhr	PM-Theatergruppe
	18.00 Uhr	Wahl- und Wahlkampfgruppe in Theaterkammer
		(Name: Wahlkampfgruppe - Theaterkammer)
Dienstag	16.00 Uhr	Agenda in Theaterkammer
	18.00 Uhr	PM-Theatergruppe
Freitag	10.00 Uhr	Beziehungs- und Kindertheater
	16.00 Uhr	Musiktheater in der Theaterkammer
	18.00 Uhr	Pumpwerk-fest
	20.00 Uhr	„Jahresfest“ in Theaterkammer
Samstag	14.00 Uhr	Kindertheater in Theaterkammer

ein Programm angeboten, wie es die Republik noch nicht gesehen hatte. Jazz, Punk und Rock, Informationsveranstaltungen zu Atomkraft, Chemie, Schulen, Militarismus, Schwulen, Rassismus, Internationalismus. Filme, die sonst nirgends eine Chance hatten, gezeigt zu werden. Kabarett und Theater vom Feinsten oder auch einfach von der Straße.

Und so dauerte es auch nicht lange, bis sich die unterschiedlichsten Wilhelmshavener Gruppen das Pumpwerk als ihre Heimat aussuchten. Umweltschutzbewegung, Vereine verschiedenster Nationalitäten, die Friedensbewegung, alternative Zeitungen – sie alle fanden im Pumpwerk nicht nur Räume, um sich zu treffen, sie fanden hier auch Leute, die sich dafür einsetzten, dass die Interessen der Gruppen einen Weg in die Öffentlichkeit fanden.

Das Konzept, dass all die Gruppen, die sonst in der Gesellschaft kaum Gehör fanden, sich im Pumpwerk treffen konnten und gleichzeitig auch noch durch ein Mitarbeiter-Team unterstützt wurden, um ihre Vorstellungen auch öffentlich zu machen, machte Furore in der Republik.

Es fanden, überspitzt gesagt, regelrechte Wallfahrten nach Wilhelmshaven statt, um Genaueres über das Pumpwerk-Konzept zu erfahren. Unzählige Kulturzentren wurden nach dem Vorbild des Pumpwerks aufgebaut!

Widerlich stinkende Toiletten in einem Nebengebäude, unzumutbare Verhältnisse für die Akteure und viele andere Kleinigkeiten sorgten 1990 dafür, dass das Pumpwerk umgebaut wurde. Auf unsere Frage, ob mit dem bevorstehenden Umbau auch konzeptionelle Änderungen einhergehen, antwortete der damalige Geschäftsführer der FREIZEIT, Rüdiger Kramp: "Wir wären schön blöd, wenn wir das, was sich in 12 Jahren Pumpwerk bewährt hat, verändern würden."

Das "neue" Pumpwerk präsentierte sich nicht nur im neuen Outfit, auch programmatisch änderte sich einiges: Es wurde jetzt mehr Wert darauf gelegt, dass die Veranstaltungen sich rechnen, die politisch arbeitenden Gruppen hatten sich aus dem Pumpwerk zurückgezogen (u.a. auch, weil es keine Räume mehr gab), das Pumpwerk wurde fester Bestandteil der Planung der Tournee- und Konzertagenturen. Das Pumpwerk als Anlaufpunkt, als Treffpunkt, wo man einfach mal so hinging, hatte aufgehört zu existieren. Das Programm wurde ausgedünnt, das Pumpwerk war monatlich an mehr Tagen geschlossen als geöffnet.

Der endgültige Niedergang des Pumpwerks als soziokulturelles Zentrum wurde dann mit der neuen Preispolitik der WTF eingeläutet. Die Chance für Bürgerinitiativen, Theatergruppen oder andere Interessenten, ihre Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu präsentieren, wurde durch die ausschließ-

lich betriebswirtschaftliche Sichtweise der neuen WTF-Geschäftsführerin Aida Kleinschmidt auf den Nullpunkt gesenkt.

Was das Pumpwerk für die Entwicklung Wilhelmshavens bedeutete verdeutlichen die Auszüge aus dem Pumpwerkprogramm vom Juli 1978. □



Auch wenn es nicht so klingt: Wir sind froh, dass es in Wilhelmshaven das Pumpwerk gibt, denn es ist natürlich mehr als nur eine Dependence der Stadthalle, wie wir es weiter oben geschrieben haben. Und es sind nicht nur die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Kalli über Stefan und Helmut zu Tasso, die jeden Pumpwerk-Besuch zu einem Erlebnis werden lassen. Es ist der Geist des Aufbruchs, der noch immer durch das Gebäck des Pumpwerks weht, der Geist, der sich weder durch Umbau- oder Renovierungsmaßnahmen noch durch die teuren Parfüms der Banker und Manager, die es schick finden, im Pumpwerk zu tagen, vertreiben lässt. Unseren Artikel im Gegenwind 195 hatten wir "Pumpwerk – das waren wir!" überschrieben. Das muss auch für die Zukunft gelten!

